



## Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

### Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin  
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
Tel: (030) 72 01 38 84  
Fax: (030) 72 01 39 94  
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de  
www: www.mechthild-rawert.de

11.09.2007 | Pressemitteilung

## Rawert: Länder dürfen Verbraucherzentralen nicht im Regen stehen lassen

*Anlässlich der Vorstellung des Einzelplans für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen des Bundeshaushalts 2008 erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion, Mechthild Rawert:*

Es ist uns gelungen, dass die Verbraucherzentralen auch im Jahr 2008 finanziell vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unterstützt werden. Wie in den vergangenen Jahren werden 2,5 Millionen Euro für den Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes bereitgestellt. Bereits in einer Anhörung Ende Juni hatten ExpertInnen bestätigt, wie existenziell diese Förderung für die Verbraucherzentralen ist.

Damit hält die SPD-Fraktion ihr Wort: Wir hatten versprochen, uns bei den Haushaltsverhandlungen dafür einzusetzen, dass der Zuschuss von 2,5 Millionen Euro für die wirtschaftliche Verbraucherberatung beibehalten wird.

Dennoch muss auch langfristig die gesetzliche und finanzielle Grundlage der Verbraucherzentralen sichergestellt werden. Hier sind die Bundesländer gefragt. Denn seit der Föderalismusreform im vergangenen Jahr gehören die Verbraucherzentralen zum ausschließlichen Kompetenzbereich der Bundesländer. Die Verbraucherschutzministerkonferenz des Bundes und der Länder ist nun gefordert eine politische Lösung finden, welche Zuständigkeitskonflikte zwischen den beiden Ebenen ausschließt. Vor allem aber müssen das Interesse und der zunehmende Bedarf der VerbraucherInnen an einer seriösen Beratung gewahrt werden.

Die Projektförderung im wirtschaftlichen Verbraucherschutz wurde unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführt und wäre Ende 2007 ausgelaufen. In den vergangenen Jahren ermöglichte diese Förderung eine umfassende Aufklärung, Information und Beratung für die Bürgerinnen und Bürger. Ziel der Förderung war es und sollte es auch bleiben, dass mündige VerbraucherInnen der Wirtschaft auf gleicher Augenhöhe begegnen können.